

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 2

Ausgegeben am 7. Oktober 1921

40. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Die geschichtliche Bedeutung des Erfurter Parteitags

Von Heinrich Cunow

Die Görlicher Stadthalle hat ihre Pforten geschlossen, die Parteitagss delegierten haben ihre Berufstätigkeit wiederaufgenommen, und unsere Parteiblätter haben in kurzen oder längeren Rückblicken auf die Görlicher Tagung deren parteipolitische Ergebnisse je nach ihrem besonderen politischen Standpunkt gewürdigt — die meisten mit Befriedigung, die anderen mit »ernsten Bedenken« und »Misstrauen« oder gar, wie die »Chemnitzer Volksstimme«, mit »Argernis« und »Gewissenspein«. Da mag es manchem Genossen, der bereits wieder in der alten rastlosen Tagesarbeit steckt, überflüssig erscheinen, wenn auch hinterher noch die Neue Zeit sich mit dem Görlicher Parteitag beschäftigt; aber für die Entwicklungsgeschichte unserer Partei hat diese Tagung — mögen das auch heute viele noch nicht erkennen — eine derartige historische Bedeutung, daß sie in der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie in keinem Falle ignoriert werden darf. Wie einst der Gothaer Einigungskongreß und sechzehn Jahre später der Erfurter Parteitag neue Entwicklungsphasen der sozialistischen Arbeiterbewegung einleiteten, der erste, indem er die Lassalleaner mit den Eisenachern vereinigte, der zweite, indem er die während der Periode des Sozialistengesetzes innerhalb der Partei gereifte marxistische Auffassung des geschichtlichen Entwicklungsverlaufs im Erfurter Programm zur Geltung brachte, so leitet auch der Görlicher Parteitag einen neuen Geschichtsabschnitt der sozialdemokratischen Bewegung ein. Er zeigt, daß endlich die deutsche Sozialdemokratie gewillt ist, aus den Erfahrungen während des Weltkriegs und der diesem folgenden Revolutionszeit das politische Fazit zu ziehen, die alten überlebten Traditionen und Parteiformeln einer früheren Werdeperiode hinter sich zu lassen, sich realpolitisch neu zu orientieren und — in neue Bewegungsbahnen einzulernen.

Da ich diese »Neuorientierung« und eine ihr entsprechende faktische Umstellung schon im ersten Jahre des Weltkriegs in meiner kleinen Broschüre »P a r t e i z u s a m m e n b r u c h?« gefordert habe, erfüllt mich dieser Wechsel der Anschauungen mit besonderer Genugtuung. Vor dem Weimarer Parteitag schrieb ich unter der Überschrift »H e r a u s a u s d e m T u r m !«:

Unsere Partei muß über ihr früheres und jetziges Entwicklungsstadium hinaus, sie muß, um ein bekanntes Zentrumswort zu gebrauchen, aus dem Turm heraus! Die durch den Krieg herbeigeführte Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse wie auch die Wiederaufrichtung unseres eigenen nationalen Wirtschaftslebens und die Stellung, die unsere Partei durch die Revolution in diesem Gebiete erlangt hat, stellen ihr heute ganz andere Lebensbedingungen und Aufgaben als früher. Dieser neuen Lebensform muß sie sich an- und einpassen. Sie muß noch weit mehr um- und zulernen, als das während der vergangenen Kriegs- und Revo-

lutionszeit geschehen ist, mögen die geistig Eingerosteten, die über ihre alten Formeln nicht hinwegkommen, darüber auch noch so sehr spotten.

Die Weimarer Tagung bewies jedoch jedem, der aufmerksam ihren Verhandlungen folgte, daß die Partei in ihrer großen Mehrheit noch nicht dafür reif war, aus den veränderten sozialen Lebensbedingungen die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wohl zeigte die Psyche der Partei gegen früher bereits manche Veränderungen, aber die große Masse ihrer Anhänger war noch allzusehr in alten Parteitraditionen und Oppositionsanschauungen, vor allem aber in einer zu einseitigen Überschätzung agitatorischer Augenblickserfolge befangen, als daß sie sich so leicht umzustellen vermocht hätte. Auch der Kasseler Parteitag bewies noch nicht, wenn er sich auch mit einer gewissen ernstlichen Energie den durch die Revolution aufgeworfenen neuen Gegenwartsfragen zuwandte, die nötige Rücksichtslosigkeit gegenüber dem alten Parteikonservatismus. Dagegen zeigte die Görlicher Tagung, sogar die ihr vorausgegangene Frauenkonferenz, von vornherein eine wesentlich andere Physiognomie. Durchweg herrschte in der Kongreßversammlung die Bereitwilligkeit vor, sich zur Behauptung errungener Machtpositionen dringenden Tagesforderungen anzupassen und diese von neuen Gesichtspunkten aus in Betracht zu ziehen, ferner ein fast allgemeines Verständnis für die Tatsache, daß mit der aus dem Kriege geborenen Revolution für die Sozialdemokratische Partei ein neuer Lebensabschnitt begonnen habe und deshalb das starre Festhalten an überlebten parteipolitischen Dogmen fallen müsse. Zwar ist noch keineswegs die Partei in ihrer Gesamtheit aus der alten Türmbehausung heraus; aber immerhin sind in Görlich die Torflügel ziemlich weit aufgestoßen worden, und durch die mit manchen vergilbten und ausgeblichenen Prinzipien tapezierten Räume strich ein erfrischender Luftzug.

Diese Selbstbefreiung des Görlicher Parteitags aus traditioneller Enge ist um so anerkennenswerter, als es nach dem Geplänkel über das zukünftige Parteiprogramm in den letzten Wochen vor dem Parteitagbeginn fast schien, als werde in Görlich wieder um Quisquilien gestritten und ein sogenannter Richtungstreit alten Formats provoziert werden. Kleine Versuche sind ja auch in dieser Richtung in Görlich unternommen worden, aber sie stießen nirgends auf festen Grund. Die Opposition klappte vielmehr schwächlich zusammen. Einige mit den Parteitagbeschlüssen unzufriedene Blätter unserer Partei sprechen deshalb von einer vom Parteivorstand befolgten Taktik der Aberrumpelungen, einer als Vorsehung waltenden Parteiregie, einer künstlichen Beeinflussung der Delegierten usw. Gewiß, die geschickte Regie der Verhandlungsleiter hat wesentlich zu dem glatten Verlauf der Beratungen und Abstimmungen beigetragen; aber die Behauptung, ein wesentlicher Teil der Delegierten hätte sich durch Aberrumpelungskünste des Parteivorstandes bewegen lassen, anders zu stimmen, als seiner politischen Überzeugung entsprach, besagt doch nur, daß dieser Teil aus großen politischen Kindern bestand. Die Oppositionsführer stellen damit ihren Anhängern selbst das schlechteste Befähigungsattest aus.

In Wirklichkeit liegt die Sache eher umgekehrt. Wohl mögen einzelne Delegierte, beeinflusst durch die Darstellung ihrer Ortspresse und die Stimmung ihrer Wahlkreise, nach Görlich gegangen sein, um dort gegen jede Koalition mit der Deutschen Volkspartei oder gegen jedes nicht be-

stimmte Schlagworte enthaltende Parteiprogramm zu stimmen, nachdem sie dann aber während der Verhandlungen und im Verkehr mit ihren Parteifreunden gesehen hatten, daß die betreffenden Fragen auch unter einem anderen Gesichtswinkel betrachtet werden können als dem ihres Ortsblatts, sind sie unsicher geworden und schließlich ins nichtoppositionelle Lager abgeschwenkt. Eine derartige schnelle Bekehrung erfolgt aber doch nur dann, wenn die Überzeugung der Betreffenden schwach fundiert war und mehr auf Stimmung als auf politischer Erkenntnis beruhte. Eine einigermaßen gefestigte Überzeugung vermag auch die geschickteste Parteiregie nicht in zwei, drei Sitzungstagen oder gar zwei, drei Sitzungsstunden umzustimmen. Immer muß die Überzeugung bei solchen Überläufern sehr locker gefesselt haben; die oppositionellen Parteiblätter, die von der geschickten Mache oder Taktik des Parteivorstandes reden, beweisen also damit nur, daß sie die Erkenntnisfähigkeit und Überzeugungstreue ihrer eigenen Anhängerschaft selbst recht niedrig einschätzen.

Besonders charakteristisch für den Wandel, der sich unter dem Druck der politischen Erfahrungen innerhalb der Partei vollzogen hat, ist die Behandlung des Programmentwurfs in der Kommission wie in der Vollversammlung. Um den Delegierten, die den von der früheren Programmkommission veröffentlichten Entwurf scharf kritisiert hatten, Gelegenheit zu geben, Gegenvorschläge machen und diese ausführlich begründen zu können, wurden auf Vorschlag des Parteivorstandes die schärfsten Kritiker, darunter Ströbel und Marckwald, mit in die Programmkommission gewählt. Schon in der ersten Kommissionssitzung ergab sich jedoch ein viele überraschendes Resultat. Prinzipiellen Widerspruch fand der von der früheren Programmkommission vorgelegte revidierte Entwurf nur bei vier Mitgliedern der neugewählten Kommission, von denen denn auch später bei der Schlußabstimmung zwei sich der Stimme enthielten, zwei gegen den vorgeschlagenen Entwurf stimmten. Sämtliche anderen Kommissionsmitglieder hatten keine eigentlichen grundsätzlichen Bedenken gegen den von der alten Kommission vorgelegten Entwurf, sondern wünschten nur eine andere, präzisere oder agitatorisch wirksamere Fassung einzelner Sätze, eine bessere Gliederung beziehungsweise andere Reihenfolge der Forderungen, vornehmlich aber einen übersichtlicheren logischen Aufbau der theoretischen Einleitung. Ein durchaus begründeter Wunsch, denn der vorgelegte revidierte Entwurf hatte dadurch, daß einzelne Sätze in ihn hineingeschoben, andere ganz oder teilweise gestrichen und überdies verschiedenlich Sachumstellungen vorgenommen wurden, sein logisches Gefüge und seine ursprüngliche Geschlossenheit verloren.

Diese prinzipielle Übereinstimmung der großen Mehrheit der Kommissionsmitglieder begünstigte natürlich die schnelle Ausarbeitung eines neuen Entwurfs, die unter anderen Umständen wohl kaum in wenigen Tagen möglich gewesen wäre. Nach einer längeren allgemeinen Debatte über den Programminhalt wurden einige Mitglieder, besonders die der Opposition, um die Ausarbeitung neuer Entwürfe ersucht und darauf am folgenden Tage nach Vorlegung dieser Entwürfe Stampfers Entwurf als derjenige bestimmt, der den Beratungen der Kommission zugrunde gelegt werden sollte unter Mithinanziehung eines von Quark ausgearbeiteten, besonders die einzelnen Spezialfragen betreffenden Entwurfs und der von der alten Kommission vorgelegten revidierten Vorschläge.

So ist das neue Öhrlicher Programm entstanden, das dann in der Vollziehung am 23. September gegen wenige Stimmen unter hellem Jubel Annahme gefunden hat — mit einer Majorität, die wohl manchen nach den vorausgegangenen Zeitungskritiken überrascht haben dürfte. Denn, ist das Öhrlicher Programm auch besser aufgebaut, straffer gegliedert und in rhetorischer Hinsicht schwungvoller gehalten — radikaler als der von der alten Kommission vorgelegte Entwurf ist es nicht, wenigstens nicht im marxistischen Sinne. In dieser Beziehung muß ich, so verfehlt mir sonst auch im ganzen die Kritik Ströbels und Markwalbs erscheint, deren Urteil zustimmen: der Klassenkampfgedanke tritt im Öhrlicher Programm nicht, wie verlangt wurde, schärfer hervor als im revidierten Programmentwurf der alten Kommission; er ist vielmehr, wie Ströbel das nennt, noch mehr »abgedämpft« worden. Während es im revidierten Entwurf heißt, daß die Sozialdemokratische Partei »zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten« hat, wird im Öhrlicher Programm der Klassenkampf nur als »geschichtliche Notwendigkeit« und »sittliche Forderung« betrachtet. Und ebensowenig kann die Ergänzung des Begriffs »arbeitendes Volk« durch den Satz: »Sie (die Sozialdemokratische Partei) erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus« als eine schärfere Herausarbeitung des Klassenkampfgedankens gelten. Bekennt doch die Sozialdemokratie sich damit nicht nur als Vertreterin des angestellten Ingenieurs, Universitätsprofessors und Fabrikdirektors, sondern auch des selbstarbeitenden Handwerkers, Kleinbauern usw.; nur jene, die vom Ertrag fremder Arbeit leben, also in Form von Profit, Zins, Grundrente am Mehrwervertrag beteiligt sind, werden ausgeschlossen.

Ferner fehlt das so viel begehrte Wort »Sozialisierung« im Öhrlicher Programm ganz und ist durch die Bezeichnung »Überführung in die Gemeinwirtschaft« ersetzt, während andererseits der Staatsgedanke viel schärfer als in allen früheren Entwürfen zum Ausdruck kommt, denn das Öhrlicher Programm fordert nicht nur die Erhaltung und Verteidigung des freien Volksstaats, sondern auch seine Herrschaft über die Wirtschaft.

Ich erwähne diese Änderungen des früheren Programmentwurfs nicht, weil ich ihnen nicht zustimme, ich halte sie für einen Vorzug des Öhrlicher Programms im Vergleich zu den früheren Entwürfen und bin der Ansicht, daß, wenn sie jetzt nicht in das neue Programm Aufnahme gefunden hätten, sie später bei einer neuen Programmrevision hineingekommen wären — aber wer meint, das Öhrlicher Programm sei radikaler als der Entwurf der in Kassel eingesetzten Programmkommission, täuscht sich selbst.

Aber nicht nur insofern bedeutet der Öhrlicher Parteitag einen wesentlichen Fortschritt über Weimar und Kassel hinaus, als das Öhrlicher Programm, wenn es auch verschiedene Redewendungen des Erfurter Programms übernimmt, mit dessen dogmatischer Entwicklungskonstruktion und Prophezie bricht; sondern auch, weil er durch die mit großer Mehrheit angenommene Koalitionsresolution selbstgeschaffene Hindernisse beseitigt hat, die der aufbauenden Tätigkeit unserer Fraktionen im Reich und in den

Einzelstaaten im Wege standen. Die Neue Zeit hat sofort nach den preussischen Landtagswahlen, als in Preußen die Notwendigkeit einer neuen Regierungsbildung hervortrat, sich dafür ausgesprochen, unter gewissen Bedingungen auch Mitgliedern der deutsch-volksparteilichen Fraktion Ministerposten einzuräumen; da sich die Sozialdemokratie nicht nur nicht aus der Regierung ausschalten lassen dürfe, sondern auch die Stellung Deutschlands gegenüber den Ansprüchen der Entente und die Durchführung der geforderten Abgabenbelastung eine Verbreiterung der Regierungsbasis verlange. Zudem aber gelte es — ein Motiv, das meines Erachtens auch heute noch in unserer Partei zu wenig Beachtung findet — einen noch engeren Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen zu verhindern, die zwischen beiden Parteien bestehende Spannung zu erweitern und dadurch die Deutschnationalen möglichst zu isolieren.

Ich habe damals (im März dieses Jahres) in unserer Parteipresse und in der preussischen Landtagsfraktion mit der Befürwortung dieser Taktik nur wenig Anklang gefunden. Nur ungefähr der vierte Teil der Fraktion nahm einen gleichen Standpunkt ein, und dieses Häuflein verminderte sich noch, als der Parteivorstand durch Abgesandte die preussische Landtagsfraktion ermahnte, sich nicht auf das Glätteis einer Regierungskoalition locken zu lassen, die auch die Deutsche Volkspartei mitumfasse! Bedauerlich bleibt nur, daß wir uns im Frühjahr, als die politische Lage weit günstiger für die Durchsetzung gewisser Forderungen war, durch unsere Taktik selbst aus der Regierung ausgeschaltet haben und nun infolge der Görlicher Debatte über die Koalitionsresolution mit halboffenen Karten in neue Verhandlungen eintreten müssen, während die Gegenparteien mit verdeckten Karten spielen können.

Daß solche Loslösung aus alter dogmatischer Enge und Rücksichtnahme auf die Forderungen der Gegenwart den Unabhängigen gegen den Strich geht und deshalb jetzt ihre Führer — Crispian und Breitscheid in der »Freiheit«, Block in der »Leipziger Volkszeitung«, Kautsky in der »Wiener Arbeiterzeitung« — über die Abschwenkung der Rechtssozialisten und ihre »Verbrüderung mit Stinnes« rasonieren, ist selbstverständlich; denn mehr als irgendeine andere sozialistische Partei des In- und Auslandes, selbst die Leninsche Richtung des Bolschewismus nicht ausgenommen, steckt die Führerschaft der U. S. P. in alten sozialistischen Dogmen, Überlieferungen und Entwicklungsauffassungen. Soweit sie sich wirklich im einzelnen herbeiläßt, heutigen politischen Anforderungen Rechnung zu fragen, sind es nicht neugewonnene Einsichten in den großen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, die ihre Haltung bestimmen, sondern reine agitatorische Opportunitätsgründe. Es gibt keine andere Partei, auf deren geistigen Habitus die Erfahrungen der Kriegs- und Revolutionszeit so wirkungslos geblieben sind; selbst der Konservatismus der Hergt und Westarp erweist sich als weniger starr. Daher ist es auch durchaus natürlich, wenn die Führer dieser geistig erstarrte Partei jede Überwindung alter Formeln und Parteidogmen, jeden Fortschritt der sogenannten Rechtssozialisten als eine weitere Entfernung vom alten gemeinsamen Parteistandpunkt, als eine weitere Entfremdung und damit als neues Hindernis der Wiedervereinigung beider Gruppen empfinden, zumal die Unabhängigen meist, wie ihre Presseäußerungen zeigen, diese Wiedervereinigung nicht als eine Anpassung ihrer Be-

strebungen an die Politik und Taktik der U. S. P., sondern als eine reuige Rückkehr der S. P. D. zu den alleinseligmachenden Glaubensdogmen der U. S. P. auffassen.

Zunächst wird sicherlich die Folge der Görlicher Tagung sein, daß die Neigung der U. S. P. zu einer Verbindung mit unserer Partei eine Abschwächung erfährt, schon deshalb, weil die Hauptblätter der Unabhängigen in ihrer Eier nach Agitationsstoff sofort die Gelegenheit ergriffen haben, die in Görlich gefaßten Beschlüsse als Ausfluß einer fortschreitenden Rückwärtskonzentration der S. P. D. hinzustellen. Aber sollen wir deshalb, weil die Unabhängigen nicht aus ihrer politischen Enge herauskönnen, und um ihnen nach ihrer Ansicht bündnisfähig zu bleiben, ebenfalls in Erstarrung verharren? Wohl wird aller Voraussicht nach die weitere Entwicklung beide Parteien wieder zusammenführen; aber damit ist nicht gesagt, daß heute schon die Bedingungen für die Wiedervereinigung gegeben sind. Es ist nötig, daß die politische Erfahrung der »unabhängigen« Führerschaft noch weit mehr, als das bisher geschehen ist, realpolitische Erkenntnis einpaukt. Eine Vereinigung mit der U. S. P., so wie sie heute beschaffen ist, würde zwar zunächst — nicht auf die Dauer — das Gewicht unserer Stimmenzahl im Reichstag und verschiedenen einzelstaatlichen Parlamenten vermehren, aber dafür würden wir bald viele Beamte, Angestellte und Mitglieder der sogenannten freien Berufe, zum Teil sehr wertvolle Elemente, verlieren und in unseren Reihen hartnäckige Richtungsstreifigkeiten entbrennen sehen, wie wir sie selbst in den frühesten Zeiten vor dem Kriege nicht erlebt haben.

Es ist durchaus begreiflich, wenn Arbeiter, die in denselben Betrieben nebeneinander arbeiten und gemeinsame Streiks auskämpfen, den Zusammenschluß aller Arbeiter zu einer großen Partei mit einheitlicher Kampffront fordern, oder wenn Angehörige beider Parteien, die in Gemeindegemeinschaften nebeneinander sitzen und recht gut miteinander arbeiten, nun ihre örtlichen Erfahrungen ohne weiteres auf das Gebiet der großen Politik übertragen; aber für Politiker, die nicht in den jeweiligen Tagesfragen aufgehen und vor sich den Weg weiterer Entwicklung mit ihren großen Problemen sehen, können derartige Stimmungen nicht entscheidend sein. Für ihre Entscheidung kommen noch manche andere Faktoren und Motive in Betracht. Daher zeugt es auch von einer anerkennenswerten Einsicht des Görlicher Parteitag in die heutigen Entwicklungsmöglichkeiten und -bedingungen, daß er zwar die Bereitwilligkeit unserer Partei zur Wiedervereinigung mit der U. S. P. ausgesprochen hat; zugleich aber in der betreffenden Resolution betont, solange diese Wiedervereinigung nicht erfolgt sei, werde die Sozialdemokratische Partei »ihre volle taktische und organisatorische Selbständigkeit wahren«.

## Die Reparation und der neue Niederbruch der Markvaluta

Von Artur Heichen

Noch vor wenigen Wochen hatte sich die deutsche Mark scheinbar auf einem Niveau zwischen 60 bis 66 Mark für den Dollar stabilisiert. Aber die Gleichgewichtslage des deutschen Wechselkurses sollte nicht von langer